

# Neu-köllnisch



Linkes Informations- und Diskussionsblatt

## 8. März Internationaler Frauentag Gleiche Rechte für alle Frauen

Die Koalition von SPD und PDS hat entschieden, sich für einen eigenständigen Straftatbestand Zwangsverheiratung einzusetzen. Damit soll dem besonderen Unrechtsgehalt von Zwangsverheiratungen Rechnung getragen werden. Damit diese und andere Verbrechen an Frauen, die sich aus ihrer unerträglichen Situation befreien wollen, nicht länger toleriert werden, oder gar auf Akzeptanz in der Gesellschaft stoßen, kommt der Präventionsarbeit besondere Bedeutung zu. Dabei geht es um Maßnahmen zur Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, zur Sensibilisierung und Schulung der Beschäftigten in Behörden und Einrichtungen, sowie um die besondere psychosoziale Beratung und Unterstützung der Betroffenen.

### Exklusiv

aus dem Abgeordnetenhaus

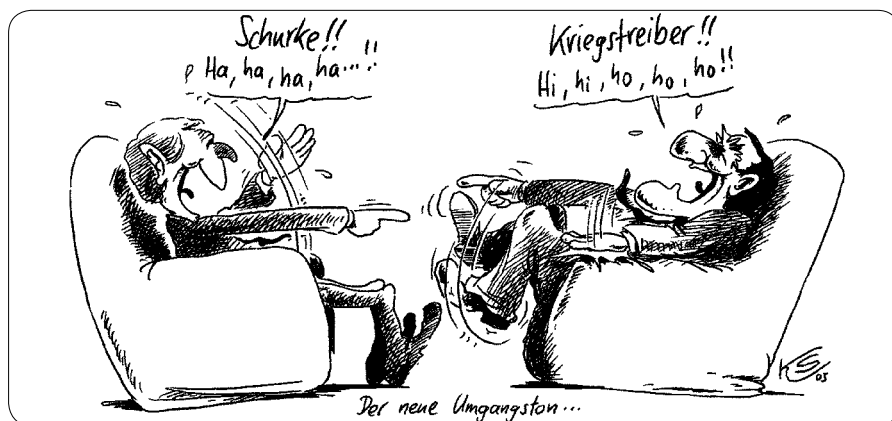


Frauen und Mädchen brauchen ausreichenden und anonymen Schutz, der es ihnen ermöglicht und sie ermutigt, sich gegen Zwangsverheiratungen zu wehren. Dennoch sind weitere Änderungen im Ausländerrecht erforderlich für jene Fälle, in denen Mädchen und Frauen gegen ihren Willen ins Ausland gebracht werden. Hier ist sicherzustellen, dass der Aufenthaltstitel von Opfern von Zwangsverheiratungen nicht bereits nach sechs Monaten, sondern erst nach einer angemessenen Frist verfällt, die mit dem Wegfall der Zwangslage beginnt und den Opfern Zeit gibt, sich für eine Rückkehr nach Deutschland zu entscheiden.

**Evrim Baba** ist seit 1999 mit kurzer Unterbrechung Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. Sie ist die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.

## Ich habe keinen Grund zur Freude

Bush zu Besuch in Deutschland



Der Präsident der USA, George Dabbleju Bush, hat auf seiner Europareise auch Deutschland einen Besuch abgestattet. Doch was mag man davon halten? Seit dem Krieg im Irak schien das Verhältnis beider Länder unterkühlt bis frostig. Der hohe Besuch und die Begegnung mit Bundeskanzler Schröder wird nun von der Presse als freundlich, wenn auch nicht herzlich, dokumentiert. Nur zu schade, dass Bush die Proteste gegen seinen Besuch in Mainz nicht selbst sehen konnte. Sie fanden etwa einen Kilometer vom Ort seines Besuches statt.

Gründe, gegen seinen Besuch zu protestieren, gibt es genug.

Was ist zum Beispiel mit dem Krieg gegen den Irak, der mit der Begründung angezettelt wurde, der Irak besäße Massenvernichtungswaffen. Waffen, die im Irak nie gefunden wurden. Stattdessen sollte sich der Präsident mal um den Waffenbesitz seiner eigenen Bürger kümmern, in so manchen amerikanischen Haushalten ist diesbezüglich einiges zu finden. Die wahren Gründe für den Einfall im Irak sind spätestens nach dem Film Fahrenheit 9/11 von Michal Moore bekannt, sowie die Verquickungen der Familie Bush im Öl- und Waffengeschäft. Und nun droht er auch noch dem Iran mit Krieg. Bei seinem Deutschlandbesuch hat er die Sorge eines weiteren Krieges zwar dementiert, aber wer in Europa glaubt ihm noch seine Lügen?

Was ist zum Beispiel mit der Handelspolitik der Staaten? Da wird mitunter ein Importverbot gegen fremdländische Waren verhängt, um den eigenen Markt zu schützen. Hauptsache ist nur, für die eigenen Waren auf der Welt Absatzmärkte zu finden. Darum hätten die USA es auch gern, wenn Europa seinen Markt für genveränderte Lebensmittel weiter öffnen und den Anbau von genverändertem Getreide fördern würde. Die größten Hersteller für gentechnisch verändertes Saatgut sitzen in den USA.

Und was ist zum Beispiel mit dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz? George Bush will es immer noch nicht unterschreiben. Er hat auf seinem Besuch zwar eingeräumt, dass er sich dem Klimaschutz nicht verschließen werde, aber was heißt das? Er wird in seinem Land die Lobbyisten der Industrie und Wirtschaft nicht verprellen wollen. Wenn er also Maßnahmen zum Klimaschutz trafe, wären diese wohl nur zum Schein.

Was ist mit der Haushaltspolitik in seinem Land? Der Etat fürs Militär wird erhöht. Natürlich, so ein Krieg, der sich hinzieht, wie im Irak, kostet natürlich auch Geld. Aber dafür werden die schon ohnehin schwach vorhandenen Sozialleistungen noch weiter gekürzt. Eine politische Ausrichtung, die sich Europa auf keinen Fall abgucken sollte.

Nein, George Bush, auch wenn Kanzler Schröder dich empfängt, wir tun es nicht!

**Julia Wiedemann**

# Multi(Leit)kultur?

Ein deutscher und ein türkischer Bürger streiten sich. Was ist der Grund? Ein klassischer Kulturkonflikt, würde jedenfalls Jörg Schönbohm sagen, ohne näher hinsehen zu müssen. Denn hier treffen sich zwei unterschiedliche Kulturen und Kulturkontakt bedeutet Konflikt. Diesen Konflikt aufzulösen, bedeutet für Migranten die Unterwerfung unter die »deutsche Leitkultur«. Aber wie schon Friedrich Merz im Jahr 2000, fällt fünf Jahre später auch Jörg Schönbohm nicht allzu viel Konkretes ein, um den »Leitkultur«-Begriff inhaltlich zu füllen. Stattdessen ordnet er ihm noch weitere Begriffe wie Patriotismus, Nation, Stolz und Heimat bei, die er gerne ohne Tabus und vorurteilsfrei diskutieren möchte. Das Gute an der »Leitkultur« ist ja gerade, dass sie sofort ad absurdum geführt wird, sobald jemand versucht, den »Leitkultur«-Begriff zu konkretisieren. Trotzdem wissen alle, was gemeint ist.

Eines hat jedoch die Ethnisierung und Kulturalisierung von sozialen Konflikte bewirkt. Andere, bedeutendere Konfliktursachen, vor allem solche, die mit staatlich sanktionierten Diskriminierungen zu tun haben, werden weitgehend ausgeblendet und verschleiert. Dagegen wird das Bild des »integrationsunwilligen« bzw. »-unfähigen« Migranten gezeichnet. Jörg Schönbohm hat diese in erster Linie in »Zuwandergruppen aus dem arabisch-moslemischen Kulturkreis (u.a. der Türkei)« ausgemacht. Als einen der Hauptgründe für die Schwierigkeiten bei der Integration dieser Gruppen benennt er die Religion. Erstaunlich ist, dass doch gerade bei türkischen Migranten ein nicht geringer Teil keinerlei bzw. nur eine marginale Verbindung zum Islam hat. Dass vor allem die



Leben im Bezirk

Foto: Archiv

staatliche Ausländerpolitik, rassistische Stereotypen und teilweise folkloristische Multi-Kulti-Diskurse ethnische Fundierung, soziale Homogenisierung und damit faktisch die Abgrenzung nach außen, zur Selbstethnisierung, Retraditionalisierung bzw. religiösen Rückbesinnung der Migranten geführt haben, verschweigen sowohl Jörg Schönbohm als auch Claudia Roth. In der derzeitigen öffentlichen Debatte wird suggeriert, dass Integration im wesentlichen ein Problem der MigrantInnen selbst sei. Nicht nur die CDU warnt vor »Separierungstendenzen«. Auch bei den Grünen wird die Gefahr von »Parallelgemeinschaften« beschworen. So werden »Opfer« der bisherigen Ausländerpolitik zu »Täter« erklärt und es wird so getan, als hätten die Politik und die sozio-ökonomischen Verhältnisse dieses Landes keinerlei Anteil an dieser Situation. Aber das ist vermutlich eine Frage der »deutschen Kultur«. Diejenigen, die bis heute durch eine Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung dafür verantwortlich sind, dass Migranten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt diskriminiert

werden und sich deshalb auch nur Wohnungen in bestimmten Wohngebieten leisten können, dass Flüchtlinge durch Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz sozial diskriminiert werden und mit faktisch 30 Prozent weniger Bargeld als Sozialhilfeempfänger auskommen müssen und der so genannten Residenzpflicht unterliegen, ganz zu schweigen von der Vorenthaltung politischer Rechte, machen die Migranten nun auch noch für ihre Lage verantwortlich. Ganz absurd wird es, wenn sich Jörg Schönbohm und seine CDU auch noch als Frauenrechtler gerieren. Denn sie selbst haben jahrelang dafür gesorgt, dass von Genitalverstümmelung, Steinigung oder Zwangsverheiratung bedrohte Frauen und Mädchen abgeschoben wurden. Unterstellt wird aber nicht nur, dass Migranten keinen Respekt vor der deutschen Sprache, sondern auch keinen vor dem Grundgesetz zeigen. Deshalb wird von den Migranten ein faktisches Bekenntnis zur »freiheitlich-demokratischen Leitkultur« verlangt. Integrationspolitik im republikanischen Verfassungsstaat muss auf die rechtliche Gleichstellung ausgerichtet sein, um die Teilhabe und Teilnahme an den institutionellen Angeboten und materiellen Ressourcen zu gewährleisten. Dabei muss auch Migranten all das eingeräumt werden, was allen Bürgern gewährt wird. Und genau in diesem Zusammenhang verhilft die Auseinandersetzung über die Integrationspolitik völlig unverdient vor allem den Grünen, aber auch der SPD zu einer Position der Guten. Da wird von Claudia Roth zwar zurecht auf die »Versäumnisse« der Vorgängerregierungen verwiesen, an denen die Grünen bekanntermaßen nicht beteiligt waren, aber sowohl hinsichtlich des verstümmelten Zuwanderungs(begrenzungs)gesetzes als auch des Staatsangehörigkeitsgesetzes wird die eigene Durchsetzungsunfähigkeit verschwiegen. Stattdessen wird das neue Zuwanderungsrecht schön geredet. Dabei zementiert es in weiten Teilen die politische und soziale Diskriminierung von Migranten und wird auch weiterhin die sozialen Unterschiede »ethno-kulturell« festschreiben. Dies alles wird von Claudia Roth großzügig übergangen. Stattdessen werden die wenigen positiven Aspekte des Zuwanderungsrechtes, die die negativen nicht ansatzweise kompensieren können, in den Vordergrund gerückt. So stimmt es zwar, dass sog. Neuzuwanderern Integrationskurse angeboten werden. Aber diese sind kein Angebot, sondern eine Pflichtveranstaltung, an deren Kosten die Teilnehmer beteiligt werden. Was geschieht aber mit jenen, die bereits seit vielen Jahren hier leben? Für sie sind weiterhin keinerlei Rechtsansprüche vorgesehen. Millionen Angehörige der früheren Einwanderergenerationen erfahren nach wie vor keine Gleichstellung und bleiben rechtlos. Auch hier hat durch die rot-grüne Bundesregierung keinerlei Politikwechsel stattgefunden. Frau Roth. Herr Schönbohm. Nicht schwadronieren. Machen!

Evrin Baba

## Kulturelle Vielfalt bedeutet Reichtum

Leserbriefe werden Politiker wie Jörg Schönbohm (CDU) und Konsorten nicht davon abhalten, ihre schäbige Einstellung zu Integration und multikultureller Gesellschaft zu verlassen. Was ist von Schönbohm zu erwarten? Dass er mit seinen extremistischen Leitwerten den Feinden der Demokratie in die Hände spielt! Sind diese doch gerade wieder dabei, salonfähig zu werden. Die rechte Außenseite der Gesellschaft und der braune Mob sind schon immer am fremdenfeindlichsten gewesen. Die Werte deutscher Spießbürgerlichkeit, getragen von den politischen Kräften der rechten Sozialdemokratie und überwiegend die CDU-Strategen sind dafür verantwortlich, dass die Diskriminierung und Ausgrenzung

von Migranten fortgesetzt wird. Die verfügte Einordnung in die deutsche »Leitkultur« bedeutet nichts anderes, als unbequemen Menschen ihrer Lebensgewohnheiten zu berauben und diese zu verbieten.

Wenn das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen von Menschen, gleich welcher Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Religion, nicht in einer Katastrophe enden soll, dann müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das heißt: Kulturelle Vielfalt ist gesellschaftlicher Reichtum. Die infamen Parolen der Rechtsradikalen sind ein Verbrechen. Konsequentermaßen entgegengetreten werden sollte dem Gerede von Leitkultur und Sprüche wie »Kinder statt Inder«.

Rolf Westphal

# Mahnwache für Hatin Sürücü

Aufruf zur Trauerkundgebung, unterzeichnet von vielen Menschen des öffentlichen Lebens



Mahnwache für die ermordete Türkin Hatin Sürücü am Tatort in der Oberlandstraße.

Foto: Ulli Winkler

Verhaftet wurden die drei Brüder von Hatin Sürücü, denen der emanzipierte Lebens-

stil der Frau missfallen haben soll. Einer der drei Brüder soll die Waffe besorgt,

der zweite geschossen und der dritte den Schützen begleitet haben.

Diese Tat ist kein Einzelfall. Immer wieder werden schwere Gewaltverbrechen an Frauen bekannt, die sich aus unterdrückenden Ehe- und Familienstrukturen befreien wollen. Sie werden gedemütigt, misshandelt und geschlagen. Motiv dieser Taten ist oft ein archaisches Verständnis von Familienehre, das ein selbstbestimmtes Leben von Frauen, oder auch von Lesben und Schwulen ausschließt. Zu Tätern werden meist die Väter, Brüder oder Söhne, die oft von anderen Familienmitgliedern unterstützt, gedrängt oder gedeckt werden.

Wir wollen und können dies nicht hinnehmen. Erforderlich ist eine gesellschaftliche Solidarität und ein Bündnis gegen die Gewalt, die auch öffentlich demonstriert wird. Den Tätern muss deutlich gemacht werden, dass sie Verbrechen begangen haben – sie sind die Vollstrecker eines falsch verstandenen Ehrbegriffs. Den Opfern muss signalisiert werden, dass sie Anteilnahme, gesellschaftliche Hilfe und Unterstützung erhalten – je früher desto hilfreicher. Erforderlich ist, dass Meinungen vehement und öffentlich widersprochen wird, die erklären, es gebe moralische Argumente, die derartige Gewaltverbrechen rechtfertigen.

## Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen

Nach Mord an 23jähriger: Türkischer Bund verabschiedet Zehn-Punkte-Plan

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat einen Zehn-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Intoleranz gegenüber Frauen verabschiedet. Bei einem Runden Tisch, an dem zahlreiche Politiker, Pädagogen, Vertreter von Senatsverwaltungen und Frauenorganisationen teilnahmen, forderten TBB-Vertreter unter anderem ein öffentliches und aktives Bekenntnis aller türkischen und islamischen Organisationen zum Selbstbestimmungsrecht der Frauen und eine strikte Strafverfolgung der Zwangsverheiratung. Außerdem wurde die Einrichtung eines Lehrstuhls für Islamische Theologie an einer der Berliner Universitäten sowie eines Islamkundeunterrichts an Schulen gefordert. Ausgangspunkt der öffentlichen Veranstaltung war der Mord an der 23jährigen türkischstämmigen Berlinerin Hatin Sürücü sowie die Reaktionen

einiger Schüler der Neuköllner Thomas-Morus-Oberschule, die nach Angaben des Schulleiters, Volker Steffens, den Mord gutgeheißen haben sollen. »Solche Sprüche kann man inzwischen fast auf jedem Schulhof in Berlin hören. Viele junge Menschen nichtdeutscher Herkunft sind leider immer noch nicht im Wertekanon Mitteleuropas angekommen«, sagte Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD). Er warnte vor einer Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens.

Der Migrationsbeauftragte des Senats, Günter Piening, forderte bessere Schutzmaßnahmen und frühe Hilfe für Frauen, die Gewalttaten ausgeliefert sind. Diesem Wunsch schlossen sich auch die Vertreter der Fraueneinrichtungen an und forderten mehr finanzielle Unterstützung. Viele Redner suchten auch nach Wegen, wie man gewalttätige Männer besser erreichen und ihre Familien in die Dis-

kussion einbeziehen kann. Keiner wußte genau, wie man diese zum größten Teil hier aufgewachsenen Menschen wieder in die Gesellschaft eingliedern könnte. In diesem Zusammenhang wurden junge erfolgreiche Migranten aufgefordert, sich zu den aktuellen Ereignissen zu äußern und gegen Gewalttaten an Frauen Stellung zu beziehen. Als Vorbilder könnten sie großen Einfluss auf jene Jugendliche ausüben, die orientierungs- und perspektivlos zwischen den Kulturen irren und sich auch durch Druck von außen zu Gewalttaten verleiten lassen, hieß es. »Sie können zeigen, dass sie mit ihren Schwestern und mit ihrer Identität anders umgehen und dabei auf andersdenkende Jugendliche einwirken«, sagte eine Vertreterin der Frauenkriseneinrichtung Papatya.

Die PDS-Abgeordnete Evrim Baba forderte ein Rückkehrrecht für Frauen, die in ihrer Heimat zwangsverheiratet werden. Frauen, die aufgrund einer Heirat nach Berlin kommen, sollten auch nach der Annullierung ihrer Ehe hier einen sicheren Status erhalten, sagte die Politikerin.

Quelle: Auszug aus Berliner Morgenpost vom 26. Januar 2005

# Büro des Enthusiasmus

## PDS besucht Quartiersmanagement im Rollbergviertel

Politik kann man nicht allein von stickigen Sitzungszimmern aus machen. Um die Probleme in Neukölln politisch anzugehen, muss man sich auch vor Ort umschauen. Aus diesem Grund besuchte die PDS-Neukölln mit ihrer Vorsitzenden Evrim Baba am 17. Februar das Quartiersmanagement im Rollbergviertel.

Hier leben rund 5.600 Menschen, die Hälfte davon nichtdeutscher Herkunft.

Das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen führt oft zu Spannungen. Die Arbeitslosenquote ist besonders hoch. Wer es sich leisten kann, zieht weg aus dem Kiez.

Das Quartiersmanagement wurde 1999 eingerichtet. Von dort aus werden Projekte ins Leben gerufen, Veranstaltungen geplant, und Initiativen gestartet, die die Atmosphäre im Kiez verbessern und gestalten sollen. Doch können die Ideen und das Engagement nur aus der Bevölkerung

selbst kommen. Was das engagierten Mitarbeiter leisten kann, sind Unterstützung bei der Organisation und bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten. Man bezeichnet sich selbst als »Büro des Enthusiasmus«, doch die Arbeit ist oft mühsam. Dadurch, dass die neu eingeführten Ein-Euro-Jobs auf sechs Monate begrenzt sind, im Gegensatz zu den ABM-Stellen, ist bei vielen Projekten eine kontinuierliche Arbeit nicht mehr möglich. Ein weiteres Problem sind die Sprachbarrieren und der Analphabetismus. Dadurch fällt es vielen Bewohnern schwer, sich aktiv am Kiezleben zu beteiligen. Bei vielen fehlt auch einfach das Interesse.

Die PDS will in der nächsten Zeit weitere Quartiere besuchen. Die vielen Anregungen aus dem Gespräch werden wir auf jeden Fall in unsere politische Arbeit sowohl im Bezirk, als auch im Abgeordnetenhaus mit aufnehmen. Julia Wiedemann

# Hartz schlimmer als Coming-Out

## Oder: Vielfalt ist zu kompliziert

Wäre es nicht so folgenreich für die Betroffenen – es könnte richtiggehend amüsant sein. Die Anrechnung des Partnereinkommens infolge der Hartz-Gesetze bringt offenbar Probleme mit sich: Heterosexuelle nichteheliche Lebensgemeinschaften fühlen sich gegenüber nicht-verpartnerten Homopaaren diskriminiert. Heteros, die lieber Homos wären, wo gibt's denn sowas? Hartz machts möglich!

Für die Berechnung des Arbeitslosengelds II wird das Einkommen und Vermögen der/des PartnerIn herangezogen. Danach berechnet sich der eigene Anspruch. Verdient der/die PartnerIn einen entsprechenden Betrag, kann man/frau sogar ganz leer ausgehen. Soweit, so schlecht. Diese Methode gilt für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften – nichteheliche Heteropaare, die zusammen wohnen, werden ebenso behandelt. Mitunter wird Mann und Frau in einer Wohnung die Existenz einer Lebensgemeinschaft unterstellt und die Betroffenen haben dann ihre Mühe, die Behörden z. B.

von anderen Verwandtschaftsbeziehungen oder einer WG zu überzeugen – und damit ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld II zu sichern.

Nun also das Urteil des Düsseldorfer Sozialgerichts: Homosexuelle sind nach Ansicht des Gerichts heute eine »sozial typische« Lebensform. Als solche ist eine positive Diskriminierung gegenüber Heteros nicht gerechtfertigt. Und um die Verwirrung komplett zu machen: Nicht-verpartnerte Homopaare sollen ebenfalls in die Partnerberechnung nach Hartz einbezogen werden. Damit hat die BA ein neues, gewaltiges Aufgabenfeld vor sich: Hat das Urteil Bestand, wird es künftig notwendig sein, alle Menschen in gemeinsamer Wohnung auf das Vorhandensein einer hetero- oder homosexuellen Lebenspartnerschaft zu kontrollieren. Peinliche Durchsuchungs- und Befragungsszenarien sowie relativ ungesicherte persönliche Datenmengen eingeschlossen.

Dazu stellen sich nun auch für Homopaare ebenso weitreichende wie schwerwiegende Fragen: Wo fängt eine Lebenspartnerschaft an, wo hört sie auf?

Es ist höchste Eisenbahn, dass endlich erkannt wird, dass neben dauerhaften Zweierpärchen, die zweifellos besser verwaltet und berechnet werden können, in der menschlichen Natur, so auch in dieser Gesellschaft, eine viel größere Vielfalt vorhanden ist – mit dem Konzept der Wahlverwandtschaften hat die PDS dazu schon vor Jahren einen praktikablen Vorschlag gemacht.

Monika von der Lippe  
Bundesfrauenreferentin der PDS

## Termine der PDS Neukölln

### Bezirksvorstand

11. März und 1. April, 15 Uhr, Richardplatz 16, GS

### Mitgliederversammlung

18. März, 18 Uhr, Richardplatz 16, GS

### Fraktionssitzung

7. und 14. März, 18 Uhr, Rathaus, Raum A 307

### Öffentlichkeitsseminar

19. März, 10-14 Uhr, Richardplatz 16

### Redaktionssitzung

11. und 24. März, 11 Uhr, Richardplatz 16, GS

### Info-Stände

5. März, 10 Uhr, Alt-Rudow

12. März, 11 Uhr, Hermannplatz

### Kultur-Event 1. Quartal

11. März, 20 Uhr, Neuköllner Oper

## Neuköllner Termine für März

5. und 6. März: Hobby-Ausstellung,  
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt

8. März: Internationaler Frauentag,  
Quartiersbüro Rollberg

11. März, 20 Uhr: Konzert, Schloß Britz

8. März, 20 Uhr: Großer Frauenball

13. März, 19 Uhr: Lehrerkonzert  
Saalbau Neukölln

18. März, 16 Uhr: Ehrung Neuköllner Meister  
im Sport, Sporthalle Oderstraße

25. März bis 10. April: Volksfest an der  
Parchimer Allee, 51. Britzer Baumblüte

27. März: Osterspaß im Britzer Garten

## Geburtstage

### Wir gratulieren recht herzlich

#### im März

Michael Anker

Claudio Jax

Lars Kulesch

Meral Sahih

Barbara Stern

## ... und im Netz

Aktuelle Informationen über die PDS in  
Neukölln finden sich im Internet unter:

[www.pds-neukoelln.de](http://www.pds-neukoelln.de)

## IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint monatlich.

**Herausgeber:** PDS Neukölln,  
Geschäftsstelle Richardplatz 16,  
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19  
Auflage dieser Ausgabe: 1.500

**V.i.S.d.P.:** Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 25. Februar 2005

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der  
Ansicht des Herausgebers entsprechen!